

Mlýnský, Jaroslav

## Zur Problematik der Strukturgestaltung des politischen Lebens in der ČSSR in der Nachfeberzeit

*Sborník prací Filozofické fakulty brněnské univerzity. G, Řada sociálněvědná.* 1967, vol. 16, iss. G11, pp. [131]-146

Stable URL (handle): <https://hdl.handle.net/11222.digilib/111841>

Access Date: 19. 02. 2024

Version: 20220831

Terms of use: Digital Library of the Faculty of Arts, Masaryk University provides access to digitized documents strictly for personal use, unless otherwise specified.

JAROSLAV MLÝNSKÝ

**ZUR PROBLEMATIK DER STRUKTURGESTALTUNG  
DES POLITISCHEN LEBENS IN DER ČSSR  
IN DER NACHFEBERZEIT**

Bei der Erörterung der Fragen des gegenwärtigen politischen Lebens stoßen wir auf eine Reihe von Problemen. Eines davon ist zweifellos ein gewisser Formalismus in unserer öffentlichen und politischen Praxis. Es scheint, daß wir diesem Problem in mehr oder weniger eindringlicher Form auch in anderen sozialistischen Ländern begegnen. Gemeinsamer Nenner ist hier offensichtlich ein gewisse Widerspruch zwischen der neuen Qualität, die die sozialistische Gesellschaft darstellt, und dem Mechanismus unseres politischen Lebens, der dieser neuen Qualität nicht immer zur Gänze entspricht. Wenn unser politisches Leben in der Zeit des Bestehens antagonistischer Klassen — und es handelt sich hier nicht nur um die ganze Periode vor dem Feber 1948, sondern auch um die erste Phase der Nachfeberentwicklung — seine eindeutige Dynamik hatte, so ist es fraglich, ob dieser dynamisierende Faktor unseres politischen Lebens in genügendem Maße erfaßt war bzw. erfaßt ist, da es keine gegensätzlichen Klassen mehr gibt, da also eine vollkommen neue Qualität entstand. Es ist bekannt, daß sich die gegenwärtige Struktur unseres politischen Lebens unmittelbar nach dem Feber herausgebildet hat. Daher kann die Untersuchung ihrer Genesis und einiger ihrer Aspekte auch bestimmte Probleme unserer politischen Gegenwart klären helfen. Es wäre jedoch nicht richtig, das Problem des Formalismus ausschließlich im Zusammenhang mit der Problematik des Persönlichkeitskultes zu sehen. Vor die Frage der neuen Qualität der politischen Struktur und ihrer inneren Beziehungen wäre unsere Gesellschaft auf jeden Fall gestellt worden. Der Dogmatismus in Theorie und Praxis hat nur ihre Lösung verschoben und kompliziert. Die Lösung kann also nicht nur in der Kritik der bestehenden Struktur unseres politischen Lebens gesucht werden, sondern vor allem in der Entdeckung seiner neuen inneren Qualität.

\*

Die nach dem Feber erfolgte Läuterung des öffentlichen und politischen Lebens, die Billigung der neuen Verfassung und der Wahlsieg der einheitlichen Kandidatenliste im Mai 1948 wurden zu wichtigen Momenten für die Sicherung des Febersieges und für die Konsolidierung des politischen Lebens überhaupt. Alle diese Maßnahmen reichten jedoch nicht aus, im Bereich der politischen Beziehungen den Aufbau des Systems der Diktatur des Proletariats zu vollenden.

Mit der Struktur des politischen Lebens war eine Reihe von Fragen verbunden, die Antwort heischten: Welche weitere gesellschaftliche Funktion

und welche Perspektiven sollen die nichtkommunistischen Parteien und die Massenorganisationen haben, besonders jene, die die kleinbürgerlichen Bauernschichten, Angestellten, Beamten, Gewerbetreibenden, die Intelligenz u. ä. vereinten und beeinflussten. Wie soll sich zu ihren und zu der ganzen Nationalen Front die KSČ verhalten? Dabei war es nötig, von den spezifischen Bedingungen und von der in unserer politischen und gesellschaftlichen Entwicklung wurzelnden Tradition auszugehen.

Von den ideologischen Einflüssen, die in dieser oder jener Form in den breiten Massen des Kleinbürgertums, in seinen Parteien und Organisationen, aber auch in einem Teil der Arbeiterklasse andauerten, war besonders wirksam die bürgerlich-demokratische Vorstellung vom Wesen der Demokratie.

Es handelte sich vor allem um die bekannte Auffassung der absoluten, „ewig“ gültigen Demokratie, die in verschiedenen Definitionen Freiheit, Ordnung, Verantwortlichkeit, Gleichgewicht, Teilnahme des Bürgers an der Regierung des Staates u. ä. hervorhebt, jede Diktatur und Totalität verabscheut und alle Klassengesichtspunkte ablehnt. Für die Beurteilung der Lage war es nicht maßgebend, in welcher Form diese Auffassung in den Programmen der politischen Parteien zum Ausdruck kam, denn die breiten Massen der Parteigänger kannten das Programm gar nicht, die Politik war ausschließlich Angelegenheit der Parteiführung und gestaltete sich ohne Mitwirken der Mitglieder.<sup>1</sup> Es läßt sich außerdem nicht behaupten, daß hier noch die Anziehungskraft der traditionellen bürgerlichen Demokratie in ihrer Gesamtheit wirksam war, sondern nur in einigen ihren Aspekten. Die Tatsache, daß das Regierungsprogramm von Košice, das eigentlich die Positionen der Bourgeoisie einschränkte, von der überwiegenden Mehrheit des Volkes, also auch von den kleinbürgerlichen Schichten gebilligt worden war, zeugte von einer durchgreifenden Verschiebung in der Denkweise unserer ganzen Gesellschaft in der Richtung nach links. Die Bourgeoisie war sich der Untragbarkeit einiger Momente im System der Vormünchener Republik wohl bewußt und erwog die Möglichkeiten, Abhilfe zu schaffen, allerdings von ihren Positionen aus.<sup>2</sup> Andererseits war jedoch in der Ideenwelt der kleinbürgerlichen Schichten fest die Überzeugung verwurzelt, daß es eine wirkliche Demokratie nur dort geben kann, wo eine Opposition als politische Institution besteht, d. h. in der Form von politischen Parteien. Das hing unmittelbar mit den Traditionen des bürgerlichen Parlamentarismus zusammen. Diese Auffassung ließ die führende Rolle einer Partei im politischen Leben des Staates nicht zu, um die es sich eben in der Nachfeberentwicklung handelte. Das Gewicht solcher Vorstellungen vom Wesen der Demokratie stieg noch dadurch, daß sie mit der Autorität und Tradition der Präsidenten Masaryk und Beneš verbunden wurden, mit deren Verdiensten um die Schaffung der Tschechoslowakischen Republik und mit deren Einsatz für die tschechoslowakische Selbständigkeit. Die Argumente, die man dabei benützte, waren einseitig und standen im Widerspruch zu den historischen Tatsachen,<sup>3</sup> doch wurden sie von der breiten Öffentlichkeit akzeptiert. Die Bourgeoisie verstand es, in der Vorfeberzeit aus der Tatsache Nutzen zu ziehen, daß viele Persönlichkeiten unseres Widerstandskampfes im zweiten Weltkrieg ihren Reihen entstammten.

Ein Bestandteil dieser Vorstellungen von Demokratie war auch eine

eigentümliche Auffassung von Patriotismus. Als Folge des nationalen Befreiungskampfes und der demokratischen und nationalen Revolution fühlten in jener Zeit alle Schichten des Volkes intensiv patriotisch. Ein Wesenzug dieses Patriotismus war ein gewisser Nationalismus, der sich seinerzeit positiv ausgewirkt hatte. Der Feber hatte — als Ausdruck des Bestrebens, den gesellschaftlichen Fortschritt gerade in politischer und sozialer Hinsicht zu gewährleisten — eine neue, weitere Auffassung von Patriotismus auf die Tagesordnung gesetzt, und eben in dieser Zeit schuf die kleinbürgerliche Vorstellung von Vaterlandsliebe intellektuelle Hemmungen, die einerseits das Verständnis für die weiten Zusammenhänge unserer Entwicklung erschwerten, z. B. die Annäherung an die UdSSR und die übrigen volksdemokratischen Länder, andererseits eine aktive Einschaltung in das politische Leben der Heimat behinderten.

Gleichzeitig waren sich jedoch viele Bekenner dieses Patriotismus auch weiterhin der nationalen Einheit, wie sie in der Zeit der Okkupation und in den ersten Wochen nach der Befreiung Tatsache gewesen war, als eines positiven Wertes bewußt, der es den Kommunisten ermöglichte, in vielen Fragen eine gemeinsame Sprache mit ihnen zu finden, besonders als sie sahen, daß die Neuerungen die unabhängige Weiterentwicklung des nationalen Organismus gewährleisten. Und dies war eine aktuelle Frage, sowohl in Hinblick auf den Druck, den die Westmächte nach dem Feber auf die ČSR ausübten, als auch z. B. in Hinblick auf die Entfaltung der nationalen Kultur.

Wenn wir die Denkweise der kleinbürgerlichen Schichten unmittelbar nach dem Feber beurteilen wollen, dürfen wir anderen Vorstellungen von den Beziehungen Demokratie-Sozialismus nicht vorübergehen, einer Frage, die durch den Febersieg große Bedeutung und Aktualität erlangt hatte. Während die Volkspartei den Sozialismus zur Gänze ablehnte, verstanden die Nationalen Sozialisten unter dem Begriff „sozialistische Bewegung“ ihre gesamte bisherige Politik und sahen das Endziel, den Sozialismus, in der „vollkommenen Gleichberechtigung des nationalen Kollektivs“. Das waren allerdings sehr unklare Vorstellungen. Am gründlichsten waren die Fragen der Beziehung zwischen Demokratie und Sozialismus in der Sozialdemokratischen Partei bearbeitet, denn das Programm dieser Partei ging tatsächlich von einer Reihe Marx' Thesen aus, allerdings in reformistischer Prägung.<sup>4</sup> Doch gerade dieser Umstand, besonders die Idee des sog. demokratischen Sozialismus, d. h. ohne Revolution und Diktatur des Proletariats, führte dazu, daß viele, vor allem die alten Sozialdemokraten sich nur sehr schwer mit der neuen Beziehung zwischen Demokratie und Sozialismus aussöhnen konnten. Die komplizierten ideellen und politischen Einflüsse und Traditionen des bürgerlichen Demokratismus und Parlamentarismus, die in bestimmten Schichten unserer Gesellschaft wirkten, ließen eine Ausschaltung der nichtkommunistischen Parteien aus dem öffentlichen Leben nicht zu, abgesehen davon, daß sie durch ihre Tätigkeit im Geiste der Weiterentwicklung der Gesellschaft jene Kreise der Bevölkerung bzw. der Mitgliederschaft erfassen sollten, die sonst außerhalb des politischen Geschehens gestanden wären, sich passiv verhalten hätten oder unter den Einfluß reaktionärer Kräfte geraten wären. All dies sprach für die Beibehaltung des Systems mehrerer politischer Parteien. Gleichzeitig

war es aber undenkbar, daß ihr Vorfebergeist weiterlebte. Es war notwendig, die in ihnen traditionellen und verwurzelten volksfeindlichen und antikommunistischen Tendenzen zu überwinden.

Gleichzeitig machten sich jedoch auch gegenteilige Bestrebungen geltend. Im Rahmen der Festigung der politischen Einheit stellte sich bei der Beibehaltung einer gewissen Mannigfaltigkeit der Formen die Frage der Überwindung der politischen und interessenbedingten Zersplitterung der Vorfeberzeit, der ungesunden Vereinsmeierei und der Eifersucht, also der Folgen der Wühlarbeit der Reaktion innerhalb der Nationalen Front. Dies gilt sowohl vom politischen als auch vom organisatorischen Bereich. Dadurch wurde allerdings die weitere Existenz, das Sein oder Nichtsein der einzelnen Parteien und Organisationen problematisch, es wurde deren eventueller Zusammenschluß erwogen, und es bedurfte einer sorgfältigen Beurteilung der allgemeinen Tendenz nach Vereinfachung der bisherigen politischen Verhältnisse, die sich spontan durchsetzte. Dabei lag es in den Intentionen der Politik der KSČ, daß noch vor den Wahlen, für die vorausgesetzt wurde, daß die einzelnen Parteien selbständig vorgehen werden, die Nationalen Sozialisten, die Volkspartei u. a. in politischer und organisatorischen Hinsicht eine maximale Schwächung erfahren und dadurch auch die Mitglieder dem Einfluß der Vorfeber-Parteiführungen entzogen werden. Es erhob sich die Frage, ob die Schwächung nicht zu einer vollständigen Liquidation führen soll, besonders als unmittelbar nach dem Feber die tiefe Krise innerhalb beider Parteien offenkundig wurde.

Weiter mußte klargestellt werden, ob Form und Tradition der hohen Organisationsstufe unseres öffentlichen und politischen Lebens, d. h. der direkten Mitgliedschaft der breiten Massen in den verschiedenen politischen Parteien, Organisationen und Vereinen, durch die sich die Tschechoslowakei von allen übrigen volksdemokratischen Ländern unterschied, erhalten bleiben sollen.<sup>5</sup> Ob es nicht von Vorteil wäre, sie noch weiter zu steigern, damit sich weitere Staatsbürger in das politische Leben einschalten und in verstärktem Maße der politischen und ideologischen Beeinflussung ausgesetzt werden. Damit erhoben sich allerdings die Fragen nach Kriterien und Formen bei der Ausweitung der personellen Basis der Gliederungen der Nationalen Front, und es entstand das Problem, wo vor allem diese Basis gesucht werden sollte, ob in den politischen Parteien, in den Massenorganisationen oder in beiderlei Richtung, bzw. in der Errichtung neuer Institutionen, wie dies in einigen anderen volksdemokratischen Ländern der Fall war.

Es ist natürlich, daß diese komplizierten Fragen von der Partei nur eine nach der anderen gelöst werden konnten, daß es sich um einen schöpferischen Prozeß des Suchens jener Art und jener Formen handelte, die unserer Situation entsprach.

Grundkonzeption der KSČ für die Gestaltung des Systems der Diktatur des Proletariats blieb in der Nachfeberzeit die Politik der Nationalen Front, die es möglich machte, die revolutionären Änderungen in einer den breiten Massen zugänglichen Form durchzusetzen, die Massen in den Prozeß der Festigung der volksdemokratischen Ordnung als Diktatur des Proletariats einzugliedern und die führende Rolle der KSČ auf natürlichem, gewaltlosen Weg durchzusetzen. Die Vollsitzungen des ZK der KSČ im

April und Juni 1948, in denen u. a. die Fragen der Organisation des politischen Lebens behandelt wurden, stellten eindeutig fest, daß die Nationale Front auch weiterhin das wichtigste politische Instrument der Führung der Massen und des Volkes darstellt. Sie gaben so Antwort auf die Fragen, „ob die Nationale Front, wie sie bei uns besteht, am Platze ist, ob sie bestehen bleiben soll, wozu sie gut ist, ob sie sich nicht bereits überlebt hat, wie sie sein soll usw.“, Fragen, die in der KSC nicht immer klar waren.<sup>6</sup> Dabei handelte es sich vor allem um die Existenz und die weiteren Perspektiven der nichtkommunistischen Parteien und um das Verhältnis der KSC als führende Kraft zu den übrigen Gliederungen der Nationalen Front. Die Aufgabe, die innere Struktur der Nationalen Front so umzugestalten, daß sie in der Lage wäre, die Festigung der revolutionären Macht zu verbürgen, blieb weiter bestehen.

Repräsentative Organe der Nationalen Front wurden die Aktionsausschüsse der Nationalen Front als Spezifikum unserer Entwicklung, die in ihrer Form an die Tradition der paritätisch zusammengesetzten Vorfeberausschüsse der Nationalen Front anknüpften, inhaltlich an das Wirken der revolutionären Nationalausschüsse des Jahres 1945. Sie bildeten sich durch die Initiative der KSC in allen Werken, Ämtern und Institutionen, in allen Vereinen, Organisationen und politischen Parteien, in den Gemeinden, Bezirken und Kreisen und auch in zentralem Maßstab und spiegelten den grundlegenden Wandel wider, zu dem es nach der Niederlage der Bourgeoisie in der Nationalen Front gekommen war: Neben den politischen Parteien waren in den Aktionsausschüssen auch die gesamtstaatlichen Organisationen vertreten, ihre Beschlüsse verpflichteten alle vertretenen Gliederungen, sie hatten ihren eigenen Organisationsapparat und schließlich wurde hier von allen Parteien und Organisationen die führende Rolle der KSC anerkannt, die in den Ausschüssen im Durchschnitt eine Vertretung von 69 % hatte. Die Aktionsausschüsse wurden also zu den einzigen Repräsentanten der erneuerten Nationalen Front.<sup>7</sup>

Gleichzeitig damit wurden sie auch das oberste politische Organ im Bereich ihrer Wirksamkeit, sie gestalteten sich zum Grundinstrument der Konsolidierung des politischen Lebens nach dem Feber. In den Febertagen und in den folgenden Wochen hatten sie die faktische Macht an sich gerissen, allerdings nur als politische und initiative Organe, nicht als ausübende. Ihre Entscheidungen wurden von den zuständigen Institutionen, Behörden, Nationalausschüssen usw. verwirklicht. Als Organe der Nationalen Front spielten sie bei der Gestaltung der politischen Struktur in der Nachfeberzeit eine außerordentlich wichtige Rolle. Einerseits führten sie eine Läuterung des gesamten öffentlichen und politischen Lebens herbei, d. h. sie schalteten jene Elemente aus, die sich aktiv gegen die revolutionäre Entwicklung der Jahre 1945–1948 gestellt hatten, aber gleichzeitig gaben sie auch der erneuerten Nationalen Front, deren Repräsentanten sie waren, ihre Gestalt; sie schufen eine neue Qualität, die der neuen Situation entsprach.

Durch die Aktionsausschüsse gelang es, in der Nationalen Front die führende Rolle der KSC in einer Form durchzusetzen, die für die Öffentlichkeit verhältnismäßig am zugänglichsten und begreiflichsten war, und wichtige Aufgaben der Diktatur des Proletariats auf demokratischem Wege

ohne überstürzte und harte Rückschläge zu lösen. Gerade auf dem Boden der Aktionsausschüsse löste die KSC praktisch die Frage der Stellung der einzelnen politischen Parteien im System der Diktatur des Proletariats, das Verhältnis der Parteien zur KSC und der gesamten Nationalen Front, die Stellung und Aufgabe der Massenorganisationen. In der ersten Etappe der Nachfeberentwicklung waren also die Aktionsausschüsse der entscheidende Repräsentant des politischen Systems der Nationalen Front.

Es ist begreiflich, daß die Aktionsausschüsse in dieser Form keine Dauerexistenz haben konnten. Gerade die Erfüllung der Hauptaufgaben bei der Gestaltung der revolutionären Macht in der Zeit nach dem Feber – die Säuberung des politischen Lebens und der Aufbau der erneuerten Nationalen Front – ging naturgemäß Hand in Hand mit einer Schwächung ihres Einflusses und ihrer Funktion, was besonders seit dem Ende des Jahres 1949 deutlich wird. Im Jahre 1954 wurden die Aktionsausschüsse in einfache Ausschüsse der Nationalen Front umgestaltet.

Angesichts der Existenz der Aktionsausschüsse der Nationalen Front und später der Ausschüsse der Nationalen Front bietet sich der Vergleich mit anderen sozialistischen Ländern an. So bekam z. B. die Nationale Front in Bulgarien und Jugoslawien in diesem Zeitabschnitt die organisationsstruktur einer Massenorganisation mit individueller Mitgliedschaft und entsprechenden Ausschüssen und Organisationen in Gemeinden, Bezirken, Kreisen usw. Auch bei uns wurden nach dem Feber derartige Vorschläge gemacht, doch wurden sie mit Recht zurückgewiesen, denn die hohe Organisationsstufe unseres politischen Lebens und die genügend breite organisatorische Grundlage rief keine Notwendigkeit hervor, neue Organisationen zu bilden, wenn hier traditionelle Organisationen mit bedeutendem Einfluß bestanden.<sup>8</sup> Die Nachfeberepoche führte also einen grundsätzlichen Wandel in der Nationalen Front herbei. Dabei kam es zu einer Reihe von Änderungen in den Beziehungen zwischen ihrer einzelnen Gliederungen.

Die Feberereignisse bedeuteten vor allem eine außergewöhnliche Stärkung der Autorität der KSC. Diese günstige Situation nutzte sie aus, um eine intensive Mitgliederwerbung, vor allem in der parteilosen Kreisen, zu betreiben, wodurch das Gewicht der KSC in der Nationalen Front und im gesamten öffentlichen und politischen Leben gesteigert werden sollte. Dazu trat noch eine weitere Aufgabe hinzu – das Bedürfnis, die Positionen und den Einfluß der nichtkommunistischen Parteien zu schwächen, vor allem unter dem Gesichtspunkt der bevorstehenden Wahlen.

Soweit es sich um die eigentliche Auffassung der Anwerbung handelt, überwog nach dem Febersieg in der Führung der KSC die Ansicht, daß die breite Gruppierung der sozialen Kräfte, die besonders für den Feber 1948 charakteristisch war, im wesentlichen keine Änderung erfahren wird, daß also niemand von dem „gesamtnationalen Marsch zum Sozialismus“ ausgeschlossen werden soll, daß jedem die Möglichkeit gegeben werden muß, sich in die Partei einzugliedern, die dadurch einen ausgeprägteren Charakter einer nationalen Partei erhalten wird, d. h. einer einigenden politischen Organisation, die alle Volksschichten respektiert und deren stärkere Beeinflussung ermöglicht. Für die Sicherung der Linie der KSC und deren Verbindung mit den breitesten Massen konnte diese Art wegweisend werden, und bis zu einem gewissen Grad ist sie es auch geworden. Die Tat-

sache, daß die KSČ als Partei, die von allen Schichten der Bevölkerung selbstverständlich als Initiator und führende Kraft bei der Lösung der Februarkrise angesehen wurde, als die Partei, die als Sieger aus dem Zusammenstoß hervorgegangen war und sich nun an die Öffentlichkeit und die gutgesinnten Mitglieder anderer Parteien wendet und ihnen die Möglichkeit bietet, Mitglied der KSČ zu werden — diese Tatsache war von großen Wirkungskraft. Sie zerstreute nicht nur die Befürchtungen „was soll nun werden“, sondern stellte die KSČ wirklich als eine eigentlich nationale Partei dar, die auf der einen Seite durch die Aktionsausschüsse gegen reaktionäre Elemente einzugreifen wußte, auf der anderen Seite aber alle jene in ihre Reihen bringen wollte, die in der neuen Situation zur Konsolidierung der Verhältnisse beitragen konnten. Die Werbeaktion schwächte tatsächlich wesentlich die Positionen und den ideologischen Einfluß der nichtkommunistischen Parteien. Dabei knüpfte die Partei auch an die Mentalität der breiten Massen an. Darum kehrte sie z. B. zu Masaryk zurück, den sie neu deutete, doch nicht verurteilte.<sup>9</sup> Obwohl die Haltung des Präsidenten Dr. Beneš in den Tagen der Februarkrise bekannt war, ebenso wie die Rolle, die er in den Plänen der Reaktion gespielt hatte, respektierte die KSČ die Autorität, die er in den breiten Massen besaß, behandelte diese Fragen nur auf vertraulicher Parteiebene und ließ, solange er lebte und auch noch eine Zeitlang nach seinem Tode, keine gegen seine Person gerichtete öffentliche Kampagne zu.

Dabei dürfen wir nicht übersehen, daß in der ganzen KSČ das Bewußtsein der in der Zeit des antifaschistischen Kampfes und in den Jahren 1945–1948 geschaffenen nationalen Einheit sehr stark war. Die überwältigende Mehrzahl der Mitglieder war doch erst nach dem Jahre 1945 zur Partei gekommen und in der Politik der Nationalen Front erzogen worden, die die Grundlinie der KSČ in der Vorfeberzeit und auch bei der Lösung der Feberkrise gewesen war und die eben die Festigung der nationalen Einheit zwecks Erreichung der revolutionären Ziele zum Inhalt hatte. Die Tatsache, daß die KSČ schon gegen Kriegsende als ein Bestandteil des nationalen Organismus anerkannt worden war und daß sie während der ganzen Folgezeit den Kampf gegen die Bourgeoisie „unter dem Banner der Nation und des Staates“ geführt hatte, konnte nicht unberücksichtigt bleiben. Daher genügte es auch, wenn der Anwärter auf die Mitgliedschaft ein „guter Tscheche und ein ehrlicher Mensch“ war, und man konnte auch damit argumentieren, daß die besten kommunistischen Funktionäre „aus den Reihen des Sokol hervorgegangen waren oder der Partei der Nationalen Sozialisten angehört hatten“.<sup>10</sup> Auch die Verhältnisse innerhalb der nichtkommunistischen Parteien, der faktische Zerfall ihrer Organisationen, der die Notwendigkeit, in der KSČ eine einigende politische Kraft zu schaffen, anschaulich vor Augen führte, förderte die Tendenz der Massenwerbung.

Die Werbeaktion für die KSČ hatte einen erfolgreichen Verlauf. Vor Feber 1948 hatte die Partei 1 309 732 Mitglieder, am 8. Mai belief sich die Mitgliederzahl auf zwei Millionen und zum Jahresende auf 2 311 060. Es besteht kein Zweifel, daß die Steigerung der Mitgliederzahl der kommunistischen Partei als Mittel, die nichtkommunistischen Parteien zu schwächen und deren Kaderbasis zu schmälern, in der Zeit unmittelbar



nach dem Feber ihre Berechtigung hatte. Die Reaktion hätte in jener Zeit noch immer die bestehenden Parteien benutzen können, um ihre Positionen wieder herzustellen und so die Mitgliedschaft zu beeinflussen. Auch rechnete man damals noch mit dem selbständigen Vorgehen der einzelnen Parteien in den Wahlen. Nachdem jedoch diese Gründe ihre Stichhaltigkeit verloren hatten, erlosch auch die Berechtigung dieser Taktik. Es ist bekannt, daß die Werbekampagne auch ihre Schattenseiten hatte, vor allem in der Vernachlässigung der Klassengesichtspunkte. In ihren äussersten Folgen führte diese Praxis dazu, daß auch Angehörigen der Bourgeoisie, unloyalen, gleichgültigen und unpolitischen Elementen die Partei offenstand, ja durch unrichtige Methoden der Beitritt dieser Elemente sogar vielfach erzwungen wurde. Dabei wurde dieser Andrang unrichtig beurteilt, und in der Parteiführung selbst machten sich Bestrebungen bemerkbar, diese Elemente in der Partei belassen.<sup>11</sup> Diese Mängel mußten daher in der weiteren Entwicklung im Verlaufe des Jahres 1948 behoben werden, sei es durch die Forderung nach individueller Aufnahme in die Partei, durch parteiliche Überprüfung des Anwärters oder durch Stoppung der Aufnahme von weiteren Mitgliedern.

Die mit der Gestaltung der Struktur des politischen Lebens nach dem Feber verbundenen Probleme spiegelten sich also in der inneren Entwicklung der KSC selbst wider. Viel tiefer war jedoch ihr Einfluß in den nichtkommunistischen Parteien.

In der Sozialdemokratischen Partei zeigte sich vor allem die Unklarheit in den Ansichten über die weitere Aufgabe und Existenz der Partei in der neuen Situation.<sup>12</sup>

Direkt in der Parteiführung machte sich eine Richtung geltend, die nicht mit dem Weiterbestand der Partei in den neuen Verhältnissen rechnete und möglichst schnell den Zusammenschluß mit der KSC vorbereiten wollte. Bestimmend für diese Tendenz war die Lage in den Grundorganisationen der Partei, die im Zeichen einer unaufhaltbaren „Flucht“ zur KSC standen. Sowohl in den Werkorganisationen als auch in den Ortsorganisationen waren es besonders die Arbeiter, die die wiederholten Aufrufe der linksorientierten Parteiführung für „die engste Zusammenarbeit mit der KSC“ als Weisung begriffen, zur KSC überzugehen, und meinten, ihre eigene Partei habe in der neuen politischen Situation keine Daseinsberechtigung mehr. Anfang April 1948 befanden sich in den Betrieben und auch in vielen Orten die Parteiorganisationen im Zerfall, selbstverständlich lag die Ursache nicht nur darin, daß die Mitglieder zur KSC übertraten, sondern auch darin, daß die rechtsorientierten und schwankenden Elemente der Partei den Rücken kehrten und sich außerhalb des politischen Geschehens hielten.<sup>13</sup>

Gleichzeitig existierte in der Führung der Partei eine andere Gruppe, die davon überzeugt war, daß die Republik die Sozialdemokratische Partei sowohl aus innen- als auch außenpolitischen Gründen braucht und daß also die Selbständigkeit der Partei nicht angetastet werden wird. Das war auch der offizielle Standpunkt der Parteiführung zum Unterschied von den auf einen Zusammenschluß zielenden Bestrebungen, die sowohl auf unterster als auch auf oberster Parteiebene unoffiziellen Charakter hatten. Im Sinne der Parteierhaltung lag z. B. die Kampagne vom März 1948 zum

bevorstehenden 70jährigen Jubiläum der Gründung der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie (April 1878) und die Werbung neuer Mitglieder aus den Reihen der früheren Mitglieder der Volkspartei und Nationalen Sozialisten, die oft erfolgreich war und manchmal sogar den durch Übertritt zur KSČ verursachten Verlust an eignen Mitgliedern wettmachte.<sup>15</sup>

Der Standpunkt der KSČ zur Entwicklung innerhalb der Sozialdemokratie und zu deren Perspektiven stand sowohl unter dem Einfluß der Vorstellungen von der führenden Rolle der KSČ im System der politischen Parteien als auch der Verhältnisse innerhalb der Sozialdemokratie selbst. Unmittelbar nach dem Feber rechnete man in der KSČ noch mit dem Weiterbestand der Sozialdemokratie als selbständige Partei, doch hinderte man ihre Mitglieder nicht an der „Flucht“ zur KSČ.

Bereits am 4. März hob das Präsidium des ZK der KSČ das frühere Verbot, Sozialdemokraten in die KSČ aufzunehmen, auf und erließ an die Kreisorgane entsprechende Weisungen.<sup>16</sup> Auf Grund dieser Weisungen und der „Flucht“ bedingten Lage innerhalb der sozialdemokratischen Organisationen, machten es sich die untergeordneten Organe der KSČ zur Aufgabe, die sozialdemokratischen Organisationen in den Betrieben durch Abwerbung ihrer Mitglieder zur Auflösung zu bringen und auf diese Weise die Einheit der Arbeiterklasse herbeizuführen.<sup>17</sup> Zum entscheidenden Umschwung kam es am 9. April, als in der Sitzung des ZK der KSČ festgestellt wurde, daß die gesamtstaatliche Situation und die Situation innerhalb der Arbeiterklasse selbst den organisatorischen und ideologischen Zusammenschluß beider Parteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zuläßt. Die Führung der Sozialdemokratie stimmte diesem Vorschlag zu und nach Abschluß der Vorverhandlungen wurde der Zusammenschluß auf Grund der individuellen Aufnahme der sozialdemokratischen Mitglieder in die KSČ im Juni 1948 Tatsache.

Anders gestaltete sich die Entwicklung innerhalb der Partei der Nationalen Sozialisten und der Volkspartei. Diese Parteien hatten die Versuche, die Nationale Front zu zerschlagen, ins Werk gesetzt. Die Nationalen Sozialisten übten einen bedeutenden Einfluß auf den Sokol aus, eine Organisation, die mit ihren 750 000 Mitgliedern eine beachtliche politische Macht darstellte. Die Volkspartei mit ihren 350 000 Mitgliedern, verbunden mit den verschiedensten katholischen Vereinen, mit dem Klerus und mit der körpererzieherischen Organisation Orel, die 192 000 Mitglieder hatte, spielte eine wichtige Rolle auf dem Lande.<sup>18</sup>

Die Feberereignisse hatten in beiden Parteien starke Zerfallerscheinungen hervorgerufen. Diejenigen Mitglieder, die mit der reaktionären Politik verbunden waren, erachteten die Selbstauflösung der Grundorganisationen als den besten Ausweg. Sie glaubten, wenn die Organisation vorübergehend aus dem politischen Leben verschwindet, würde das Säuberungsverfahren der Aktionsausschüsse der Nationalen Front nicht durchgeführt werden können und unerwünschte Eingriffe würden unterbleiben. Dadurch wollten sie gewissermaßen „überwintern“, um später, in geeigneter Zeit, die Reihen der Partei wieder konsolidieren zu können. Die übrigen Parteiangehörigen, die von der Politik ihrer Führung enttäuscht waren, wollten sich in der neuen Situation nicht zu ihrer Partei bekennen, traten aus und lösten ebenfalls die Organisationen auf. Die meisten von ihnen ver-

blieben außerhalb des politischen Geschehens, die Minderheit legte Interesse an einer Zusammenarbeit mit der KSC an den Tag, ja sogar an einem Beitritt. Die Organisationen beider Partei zerfielen und die Mitgliedschaft machte sich keine Sorgen um das weitere Schicksal der Partei.

Dieser Zerfallsprozeß, der eine wesentliche Schwächung beider Parteien bedeutete, wurde von den Organen der KSC und den Aktionsausschüssen der Nationalen Front direkt gefördert. Bereits am 24. Feber wies das Präsidium des ZK der KSC die Parteiorganisationen an, „Maßnahmen zu treffen, damit sich die Organisationen der Nationalen Sozialisten und der Volkspartei selbst auflösen“. Die Parteiorgane und Organisationen begriffen diese Weisung vielerorts als Richtlinie, die Organisationen beider Parteien durch einfache Absorbierung im Rahmen der Anwerbungskampagne für die KSC zu liquidieren.<sup>19</sup>

Es wäre allerdings nicht richtig, die Abwerbung für die KSC als Hauptursache der Schwächung beider Parteien anzusehen. Nach dem Feber traten der KSC 120 000 Nationale Sozialisten und 26 000 Mitglieder der Volkspartei bei.<sup>20</sup> Die Hauptursache waren die inneren Verhältnisse beider Parteien, die Passivität der Mitglieder als Folge der Enttäuschung durch die ehemalige reaktionäre Politik oder als Folge einer abwartenden Haltung.

In der erneuerten Führung beider Parteien, d. h. in ihren Aktionsausschüssen, waren die Meinungen über die weiteren Perspektiven sehr uneinheitlich. Einige führende Funktionäre der Sozialistischen Partei erklärten bereits Anfang März 1948, sie hätten keine Einwände dagegen, daß die Parteigänger samt Führung der KSC beitreten, d. h. gegen einen Zusammenschluß und damit gegen die Liquidierung ihrer eigenen Partei. Im weiteren Verlaufe gelangten sie zu den Überzeugung, daß ihre Partei nur bis zu den Wahlen bestehen wird, so daß es notwendig wurde, diese Befürchtungen zu zerstreuen. Eine niederschmetternde Wirkung hatte in der Sozialistischen Partei der Beschluß von der Vereinigung der KSC und der Sozialdemokratischen Partei.

Hingegen überwog in der Führung der Volkspartei die Überzeugung, daß es notwendig ist, erneut eine organisatorisch und zahlenmäßig starke Partei auf der Grundlage eines sozialreformistischen Programms aufzubauen. Auch hier herrschten allerdings Zweifel an den weiteren Perspektiven und manche Sekretäre der untergeordneten Organe kamen zu der Ansicht, es sei notwendig, die Partei zu einem Zusammenschluß mit der KSC zu führen.<sup>21</sup>

In dem unmittelbar auf den Feber folgenden Zeitabschnitt vertrat zwar die KSC den Standpunkt, daß beide Parteien, wenn auch wesentlich geschwächt, weiter bestehen sollen. Doch unter dem Druck der angeführten Umstände – besonders der Lage in der Volkspartei und in der Sozialistischen Partei – erwog man auch im ZK der KSC z. B. im April die Möglichkeit eines künftigen Zusammenschlusses der Sozialistischen Partei mit der KSC, die Schaffung einer einheitlichen Regierungspartei, die Möglichkeit des Bestehens einer oder zweier außerhalb der Regierung stehenden Oppositionsparteien, die der Reaktion eine legale Basis geben und ihr jede Möglichkeit nehmen würde, in die Regierungsparteien einzudringen.<sup>22</sup> Diese Gedankengänge, besonders die Erwägungen über eine künftige einheitliche Regierungspartei, fanden ihren Weg nach unten und erfuhren oft eine in

Widerspruch zu den Parteibeschlüssen und Weisungen stehende willkürliche Auslegung, vor allem eine sektiererische. So wurden z. B. Stimmen laut, die Sozialistische Partei und die Volkspartei mögen in den Wahlen nicht kandidieren. Die Aktionsausschüsse sahen darin einen Beweis gut verrichteter Arbeit, wenn in ihrem Bereich die Volkspartei und die Sozialistische Partei zu bestehen aufhörten; sie genehmigten nur solche Aktionsausschüsse der beiden Parteien, die sich verpflichteten, die Parteiorganisationen sofort nach der Konstituierung des parteilichen Aktionsausschusses aufzulösen usw. Noch Anfang Juni 1948 wurden mehrere Eventualitäten in Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung beider Parteien diskutiert und Ansichten geäußert, die von dem von Klement Gottwald in der April-Vollversammlung ausgesprochenen Standpunkt abwichen. Es war bereits möglich, sich auf die ersten Erfahrungen zu stützen, die man mit beiden Parteien in der Vorwahlkampagne gemacht hatte und die durchweg negativ waren, auf die negativen Ergebnisse der Massenwerbung für die KSC, von den ersten Problemen der inneren Konsolidierung beider Parteien auszugehen u. ä. Es zeigte sich daher, daß der Zusammenschluß beider Parteien mit der KSC nach dem Vorbild der Sozialdemokratie nicht aktuell sein wird, daß es allerdings auch nicht richtig wäre, sie frei wachsen zu lassen. Man erwog auch keine allmähliche Liquidierung beider Parteien im Zuge einer administrativen Einschränkung ihrer Tätigkeit. Für das richtigste hielt man die allmähliche Auflösung beider Parteien in der Nationalen Front als langfristige Aufgabe, die von unten nach oben einer Lösung zugeführt würde.<sup>23</sup>

Eine neue Position nahmen nach dem Feber auch die Massenorganisationen ein. Mit Rücksicht darauf, daß sich in der Nachfeberentwicklung der Einfluß der nichtkommunistischen Parteien auf das öffentliche und politische Leben wesentlich verringert hatte, war es notwendig, die ideologische, politische und organisatorische Beeinflussung der breiten Massen der Bevölkerung auf eine andere Weise zu stärken, einerseits direkt durch die KSC, andererseits – und dies in erster Linie – im Rahmen der Massenorganisationen. Daher stieg ihr Einfluß und ihre Bedeutung nach dem Feber wesentlich an. Sie wurden zu einem Bestandteil der erneuerten Nationalen Front und durch ihre Vertreter in den Aktionsausschüssen und in den Nationalausschüssen beteiligten sie sich an der Lösung aller wichtigen Fragen.

Im Geiste der Gesamtkonzeption der KSC, eine möglichst breite organisatorische Grundlage für die ideologische und politische Erziehung der Bevölkerung zu gewinnen, wurde nach dem Feber die Zahl der Mitglieder einiger in der Nationalen Front zusammengefaßten Organisationen wesentlich gesteigert, u. zw. in der Form von Massenwerbungen. Es handelte sich nicht nur um die KSC, sondern auch um ROH, SČM, SČSP, Frauenräte, Körpererziehung usw., von denen einige ihre Mitgliederzahl auf das Zwei- bis Dreifache erhöhten. Andere Organisationen, z. B. die Organisationen der Widerstandskämpfer, die genossenschaftlichen Organisationen, die Feuerwehrorganisationen u. a. blieben in ihrer bisherigen Form bestehen. Hingegen verloren die nichtkommunistischen Parteien ihre einstige breite Mitgliedsbasis und stagnierten in ihrer Tätigkeit, wie z. B. der Einheitsverband der Tschechischen Bauern.<sup>24</sup> Durch Erweiterung der Mit-

gliedsbasis umfaßte die Nationale Front in ihren Reihen mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Republik.<sup>25</sup> Dies entsprach der Tradition der hohen Organisationsstufe unseres öffentlichen und politischen Lebens, die nach dem Feber nicht nur erhalten blieb, sondern noch gesteigert wurde. Dabei gingen Bedeutung und Autorität der einen Gliederungen der Nationalen Front zurück, während die anderen in den Vordergrund rückten. Trotz dieser Veränderungen blieb jedoch die bestehende Struktur erhalten und damit die Mannigfaltigkeit der Formen, wie sie eben die Nationale Front darstellte, wenn dabei auch natürliche Tendenzen ihren Ausdruck fanden, die darauf hinzielten, die frühere interessenbedingte, politische und organisatorische Zersplitterung zu überwinden. So schlossen sich z. B. die verschiedenen Organisationen der Widerstandskämpfer in dem Verband der Freiheitskämpfer zusammen, die einzelnen nationalen Jugendverbände in dem ČSM, verschiedene Vereine der sozialen Fürsorge und der Gesundheitspflege vereinigten sich im Tschechoslowakischen Roten Kreuz, die Vereine für die Körpererziehung schlossen sich auf dem Boden des Sokol zusammen, es vereinten sich die Organisationen der Gewerbetreibenden, die Fischer- und Weidmannsverbände usw. In diesem Vereinheitlichungsprozeß gewannen die Institutionen nicht nur einen günstigeren Raum für die Entfaltung ihrer Tätigkeit, sondern sie wandelten sich auch in qualitativer Hinsicht.

Doch dürfen die Probleme nicht übersehen werden, die sich aus diesen Vereinheitlichungstendenzen in der Nationalen Front ergaben. Das begründete und erfolgreiche Bestreben der KSC, die Organisationen und Vereine durch praktische politische Betätigung und durch Aufbauarbeit einander näher zu bringen, wie sie in einigen Fällen des organisatorischen Zusammenschlusses zum Ausdruck kam, wurde in einem gewissen Masse mechanisch verwirklicht, ohne entsprechende Stärkung und Anpassung der politischen Tätigkeit in den Organisationen. Es besteht kein Zweifel, daß in einigen Fällen die organisatorische Seite der Angelegenheit überschätzt wurde. Dies gilt z. B. von dem Zusammenschluß der körpererzieherischen Organisationen. Der Zusammenschluß der Organisationen der Widerstandskämpfer des ersten und des zweiten Weltkriegs führte angesichts des unterschiedlichen ideologischen Gedankenguts eine gewisse Abstumpfung der revolutionären Aktivität des vereinten Verbandes der Freiheitskämpfer im Vergleich mit der Aktivität der früheren Einzelgliederungen, z. B. der Organisationen des zweiten Widerstandskampfes herbei. Die Probleme, die sich aus den Zusammenschlüssen ergaben, fanden auch im ČSM ihren Ausdruck. Auch die rasche Ausweitung der Mitgliedsbasis der Massenorganisationen hatte ihre Schattenseiten; einerseits war damit zwar die Grundlage für die Beeinflussung der breiten Massen geschaffen, andererseits bedeutete sie aber auch verstärkten Formalismus und Passivität. Diese Schattenseiten traten schon damals besonders stark z. B. in der Tätigkeit des SČSP zutage.<sup>26</sup> Aber auch in der KSC selbst stand der verstärkte Formalismus, der sich in der Arbeit der Grundorganisationen bemerkbar machte, in direktem Verhältnis zur Erweiterung der Mitgliedsbasis, und nicht anders lagen die Dinge bei den übrigen Gliederungen der Nationalen Front. Als unmittelbare Folge dieses Formalismus wurde die ehrenamtliche Tätigkeit in den Massenorganisationen durch bezahlte Be-

rufsarbeit eines Apparates verdrängt, der ständig erweitert wurde u. zw. mit der Begründung, daß die Mitglieder und ehrenamtlichen Funktionäre keine Tätigkeit entwickeln. Die große Verzweigtheit des Apparats führte zum Administrieren, zum Bürokratismus und zur Trennung von den Organisationen. So ging der eigentliche Sinn der freiwilligen Mitgliedschaft in diesen Gliederungen verloren.

An der Belastung der Arbeit der KSC in der Nationalen Front durch unrichtige Methoden hatte auch die Deutung der Resolution des Informationsbüros vom Juni 1948 über die Situation in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens ihren Anteil. In der Resolution wurde u. a. die Verdunkelung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei Jugoslawiens in der jugoslawischen Volksfront kritisiert.<sup>27</sup> Gerade unter dem Einfluß dieser Kritik machten sich auch bei uns Bestrebungen geltend, die führende Rolle der KSC innerhalb der Nationalen Front durch eine mehr oder weniger mechanische Sicherung des absoluten zahlenmäßigen Übergewichtes der Kommunisten in den betreffenden Organen noch deutlicher zu machen, wobei die politische Massenarbeit in den einzelnen Gliederungen der Nationalen Front unterschätzt wurde. Diese Tendenz kam in der Verdrängung der Vertreter anderer Parteien und Organisationen aus den Organen der Nationalen Front, den Aktionsausschüssen zum Ausdruck, aber auch in dem Ausschluß von Nichtkommunisten von den Führungsorganen der Massenorganisationen, also in unrichtigen Methoden der Lenkung der Gliederungen der Nationalen Front.

Die Richtigkeit der These von der Partei, die die Arbeit der Massenorganisationen lenkt, stand außer Zweifel. Doch wurde die richtige Art dieser Lenkung durch die kommunistischen Mitglieder, die in die Führung dieser Organisationen entsandt werden und dort die eigenständige Politik der betreffenden Massenorganisation verwirklichen, d. h. die Mitglieder für eine aktive Teilnahme an dem politischen Leben des Landes vom Gesichtspunkt „ihrer“ eigenen Institution, also von innen heraus, mobilisieren, durch das System der unmittelbaren Lenkung durch Parteiorgane ersetzt, also nur von außen her, oft durch Instruktoren der Partei. Diese Methode mußte früher oder später notwendigerweise die Aktivität der Organisationen lahmlegen und die Voraussetzungen für Alibismus und Formalismus in ihrer Tätigkeit schaffen. In einer Reihe von Fällen begannen die Organe und Organisationen der Partei direkt die Aufgaben der einzelnen Gliederungen der Nationalen Front an sich zu reißen, übernahmen selbst das den Gliederungen zustehende Arbeitsfeld und unterbanden so deren Initiative. Dabei kann gesagt werden, daß Befürchtungen, der Einfluß der KSC und ihrer Positionen in der Nationalen Front könnte sinken, bei uns gänzlich überflüssig waren, denn nach dem Zusammenschluß der Sozialdemokratie mit der KSC stellten die Kommunisten fast 90 % der Glieder der Aktionsausschüsse, der repräsentativen Organe der Nationalen Front.<sup>28</sup>

Trotz dieser ungesunden Erscheinungen, die sich zuerst in der Arbeit der untergeordneten Organe der KSC und der Aktionsausschüsse zeigten, und trotz gewisser Tendenzen, die von oben nach unten drangen, kann behauptet werden, daß ihnen noch am Ende des Jahres 1948 keine Entscheidende Bedeutung in der Tätigkeit der Partei bei der Durchführung der Politik der Nationalen Front zukam, denn das ZK der KSC schritt

gegen solche Bestrebungen sowohl auf dem Parteiwege als auch im Wege der Aktionsausschüsse ein und traf Maßnahmen zur Behebung solcher Mißstände. So befaßte sich z. B. das Plenum des ZK der KSČ im November 1948 sehr eingehend mit der Gefahr, die führende Rolle der Partei im System der Diktatur des Proletariats könnte mißverstanden werden, mit dem Kommandieren der Massenorganisationen, mit der Problematik des Klassenkampfes unter den neuen Bedingungen, u. ä.<sup>29</sup> Doch vertiefte die weitere Entwicklung, besonders nach dem IX. Kongreß der KSČ im Mai 1949, wesentlich alle negativen Erscheinungen des politischen Lebens der Nationalen Front. Sie trug das Gepräge der für die erste Hälfte der 50er Jahre typischen sektiererischen Tendenzen.

Übersetzt von W. Chyba

#### ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> Koho volit? Program politických stran. Naše vojsko 1946.

<sup>2</sup> Sehr übersichtlich und festgefügt ist diese kritische Betrachtung z. B. im Werke von E. Táborský, Naše nová ústava, Práce 1948 formuliert. Der Verfasser drückt den auf dr. Beneš orientierten Standpunkt unserer Emigration in der Zeit des zweiten Weltkrieges aus.

<sup>3</sup> Programm der Nationalen Sozialisten, Koho volit? Program politických stran, Naše vojsko 1946, S. 104.

<sup>4</sup> Ibid. S. 6, 19–23, 71, 89.

<sup>5</sup> Die Tradition der hohen Organisationsstufe unseres öffentlichen Lebens hat sich schon zur Zeit Österreich-Ungarns herausgebildet. Sie hängt mit dem relativen Demokratismus der damaligen Verhältnisse zusammen.

<sup>6</sup> K. Gottwald, Spisy XIV, S. 367. Siehe auch die Studie von K. Kaplan im ČCH 2/1962, S. 170.

<sup>7</sup> Zur Frage der Zusammensetzung, Rolle und Tätigkeit der Aktionsausschüsse der Nationalen Front siehe die Studie von J. Mlýnský, Akční výbory NF a jejich úloha při zajišťování únorového vítězství, Historický sborník ČSAV XII/1964. S. 129–167.

<sup>8</sup> Vgl. K. Gottwald, Spisy XIV, S. 435. M. Hübl, Vývoj Bulharska, cykl. Mat. VŠS, 1956. Pregled istorije Saveza Komunističara Jugoslavije, Beograd, 1963, S. 420–421.

<sup>9</sup> Vgl. z. B. Rudé Právo 1948, 7. 3. S. 1, 9. 3. S. 1.

<sup>10</sup> Rudé právo 9. 3. 1948, S. 2, Artikel von M. Švermová. Präsidium des KK KSČ in Brno am 2. 4. 1948, Referat von O. Šling.

<sup>11</sup> Protokoll vom IX. Ordentlichen Parteitag der KSČ, Praha 1949, S. 149. Rudé právo 9. 5. 1948, S. 1.

<sup>12</sup> Eingehend über die Situation in der Sozialdemokratie siehe die Studie von J. Nedvěď, Vytvoření organizační a ideologické jednoty dělnické třídy v českých zemích, ČCH 4/1960, S. 472–493, bzw. K. Kaplan, Zakotvení výsledků únorového vítězství, ČCH 2/1962, S. 153–177.

<sup>13</sup> Státní ústřední archiv (SÚA), Fond Ústředního akčního výboru NF (ÚAVNF), Kart. 110.

<sup>14</sup> K. Kaplan führt an der zitierten Stelle (S. 170) noch eine dritte Gruppe in der sozialdemokratischen Parteiführung an, die ebenfalls für die Erhaltung der Partei eintrat, jedoch nur provisorisch.

<sup>15</sup> SÚA, ÚAVNF, Kart. 110, Právo lidu 18. 3. 1948, S. 1.

<sup>16</sup> Präsidium des ZK der KSČ 4. 3. 1948, Archiv ZK KSČ, nichteingereichte Materialien.

<sup>17</sup> Siehe z. B. Plenarsitzung des KK KSČ in Brno 5. 3. 1948, Archiv des KK KSČ.

<sup>18</sup> Archiv des Instituts der Geschichte der KPČ (AÚDKSČ), Fonds ÚAVNF, K. 7.

<sup>19</sup> SÚA, Fonds ÚAVNF, Kart. 105, Bericht Nr. 10.

<sup>20</sup> Angaben laut Studie von J. Opat, K základním problémům třídních vztahů a politiky KSČ v době upevňování únorového vítězství, Příspěvky k dějinám KSČ, 6/1959, S. 20.

- <sup>21</sup> Archiv des Zentralkomitees der Nationalen Front, Kart. 10-a. Staatsarchiv Brünn (SAB), Fond B 75, KAVNF, Kart. 17, Fasz. 25.
- <sup>22</sup> Den betreffenden Teil des nicht veröffentlichten Referats von Klement Gottwald in der April-Plenarsitzung des ZK der KPČ zitiert V. Pavlíček in seinem Artikel in Příspěvky k dějinám KSČ 5/1963, S. 684.
- <sup>23</sup> AÚDKSČ, ÚAVNF, Kart. 7. Schreiben an K. Gottwald 8. 6. 1948. SÚA, ÚAVNF, Kart. 92, Kart. 106. SAB, B 75, Kart. 38, Fasz. 77.
- <sup>24</sup> Über die Situation in den Massenorganisationen siehe das Protokoll des Všeodborový sjezd ROH, S. 73–110. SÚA, ÚAVNF, Kart. 73–75, 67. AÚDKSČ, ÚAVNF, Kart. 7.
- <sup>25</sup> AÚDKSČ, ÚAVNF, Kart. 7. Die Übersichten aus dem Jahre 1951 führen an, dass in der NF fast 14 000 000 Mitglieder organisiert waren. Selbstverständlich waren viele davon Mitglieder zweier oder auch mehrerer Organisationen.
- <sup>26</sup> SÚA, ÚAVNF, Kart. 70.
- <sup>27</sup> Rudé právo 29. 6. 1948, Resolution des Informbureaus.
- <sup>28</sup> SÚA, ÚAVNF, Kart. 105, 106.
- <sup>29</sup> K. Gottwald, Spisy XV, S. 143–147.

## K PROBLEMATICE FORMOVÁNÍ STRUKTURY POLITICKÉHO ŽIVOTA V ČSSR V POÚNOROVÉM OBDOBÍ

Zkoumání problematiky politické struktury naší společnosti a jejího vnitřního dynamismu v poúnorovém období přináší zjištění, že strana reagovala na tyto otázky v podstatě až do IX. sjezdu, tj. až do poloviny roku 1949, tvůrčím způsobem, i když již v tomto období jsou jisté sektářské tendence postižitelné a postupně se zesilují. Základní koncepcí v otázkách politické struktury poúnorového období se stalo zachování jejích dosavadních forem při jejich současném naplňování novým obsahem. Strana chtěla vyloučit i v tomto směru náhlé a ostré zvraty a navazovala tak vlastně na celou svou předchozí koncepci postupného rozvíjení revoluce, vyvíjela snahu po organickém spojení kvalitativně nové poúnorové revoluční moci s tradicí a specifikou naší společnosti.

Proto respektovala při řešení otázek struktury našeho politického života vlivy buržoazního demokratismu a parlamentarismu v naší společnosti, zejména v maloburžoazních vrstvách, moment značně vysokého stupně organizovanosti našeho veřejného a politického života, úlohu našeho komunistického hnutí jako uznávané součásti našeho národního organismu, význam národní fronty jako organizovaného politického hnutí, které se ve svém vývoji osvědčilo, diferenciací, probíhající v nej-různějších organizacích i politických stranách, aktivitu nejširších vrstev, která se projevovala v souvislosti s únorem 1948 atp.

Jestliže došlo v pozdějším období k porušení vnitřního mechanismu této politické struktury, nemůže tím být zastřen fakt, že řada měsíců po Únoru byla ve znamení tvůrčího přístupu strany při řešení otázek politického systému naší společnosti.



